

Wählen nein, Demokratie ja

Sind die heutigen Schweizer Jungbürgerinnen und Jungbürger tatsächlich weniger interessiert an Politik als frühere Generationen? Und falls ja, gefährdet dies die Legitimität des demokratischen Systems? Weder noch, *schreibt der Soziologe Karl W. Haltiner*. Das Wissen, sich zumindest theoretisch jederzeit politisch beteiligen zu können, sei vielen Jungwählern ein teures Gut

Das politische Interesse der Bevölkerung, insbesondere das der Jungbürgerschaft, ist als Thema, möglicherweise gefördert durch die bevorstehenden Nationalratswahlen, derzeit en vogue. In Medienberichten dominiert, teilweise alarmistisch aufgemacht, der Pessimismus. Die Rede ist von einer apolitischen Jugend oder von den Frauen, die sich angeblich «nicht um Politik scheeren». Akzentuiert werden solche Befunde häufig durch Vergleiche mit dem Ausland, wo in regelmässigen Abständen von politik- und systemverdrossenen Jugendlichen berichtet wird.

Was ist von diesen Befunden zu halten? Um es gleich vorwegzunehmen: Eindeutige Belege für ein sinkendes politisches Interesse in der Bevölkerung allgemein oder bei der Jungbürgerschaft müssten durch langfristig angelegte Untersuchungen belegt werden. Solche aber fehlen in der Schweiz bis heute.

Einige gute Hinweise zum Stellenwert des Politischen ergeben sich jedoch aus den früheren Pädagogischen Rekrutenprüfungen, den heutigen Eidgenössischen Jugendbefragungen mit dem Namen «ch-x», die seit einigen Jahren auch repräsentativ junge Erwachsene weiblichen Geschlechts befragen.

Gezielte Erhebungen dazu reichen bis in die späten siebziger Jahre zurück, so dass sich einige Trends zumindest für die stimmfähige Jungbürgerschaft ausmachen lassen. Überblickt man das politische Interesse basierend auf einer dazu direkt und stets gleich gestellten Frage sowie weiteren für diverse selbstbekundete Aktivitäten (also Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, an politischen Diskussionen bzw. in politischen Gruppen sowie politikbezogener Medienkonsum), so kommt man nicht umhin, eine erstaunlich hohe Stabilität bei den deklarierten Verhaltensweisen über ein rundes Vierteljahrhundert festzustellen.

Das Gesamtbild zeigt Konstanz, allerdings eine Konstanz auch und gerade der Tatsache, dass das Politische im Leben der durchschnittlichen 18- bis 20-Jährigen in der Schweiz seit je eine Nebensache darstellt. Von einem klar erkennbaren Trend zu einer wachsenden Distanzierung vom öffentlichen Leben, wie er mit Blick auf die angebliche Politikverdrossenheit der Jugendlichen häufig beklagt wird, ist aber nichts zu erkennen. Dies obwohl sich beim selbstgeäusserten Interesse für Politik im Mittel quantitativ eine leichte Abschwächung über das letzte Vierteljahrhundert andeutet.

Fest steht: Für eine wache Anteilnahme am politischen Leben sind vorab der Grad an schulischer Bildung und ein politisch sensibilisiertes und stimulierendes Elternhaus und Beziehungsumfeld wichtig.

Die im langfristigen Trend leicht angestiegene politische Indifferenz könnte inhaltliche und methodische Gründe haben. Erstens spricht einiges dafür, dass, gerade weil Politik im Leben des durchschnittlichen jungen Erwachsenen bloss eine Nebensache darstellt, sie von der Mehrheit der Jugendlichen vor allem dann wahrgenommen wird, wenn besondere Ereignisse dafür sensibilisieren, wenn ein Ich-Bezug hergestellt werden kann. Die Anteilnahme am öffentlichen Leben wäre damit heute geschehensabhängiger, selektiver und damit wohl auch medienbestimmter als früher.

Was ist Politik?

Zum Zweiten könnte sie mit einem sich wandelnden Begriff dessen zu erklären sein, was junge Bürgerinnen und Bürger heute unter Politik verstehen. Der aktuelle Politikbegriff scheint weniger staats-, mehr gesellschaftsbezogen zu sein als der frühere. Politik wird nicht mehr eng mit «Staatskunde» als dem geliebten oder ungeliebten Schulfach assoziiert, sondern umfassender mit

der gesellschaftlichen Entwicklung als Ganzem. Dazu gehören der lokale Lehrstellenmangel ebenso wie «9/11».

Drittens schliesslich fühlen sich junge Erwachsene von heute weniger als früher der Politik verpflichtet. Schwang im Begriff «Politik» früher stets die Ermahnung an Beteiligungspflichten mit – «man sollte stimmen und wählen gehen!» –, so ist das heute kaum mehr der Fall. Möglicherweise bewog die Frage nach dem politischen Interesse insbesondere junge Männer früher einfach eher als heute dazu, im Sinne der sozialen Erwünschtheit auf entsprechende Fragen zu antworten. Bei einigen ist das noch immer der Fall.

Damit liesse sich auch das im Vergleich zum männlichen anhaltend tiefere politische Interesse der weiblichen Befragten erklären. Diese waren eben mit solchen Erwartungen lange nicht konfrontiert.

In Abstimmungsnachbefragungen wird regelmässig eine höhere Stimmbeteiligung registriert als die tatsächlich gemessene. Dies weil eben Wählen und Abstimmen in weiten Kreisen noch immer zur unhinterfragten staatsbürgerlichen Pflicht und damit zur Norm gehören. Auch Fragen nach dem Interesse für Politik dürften früher weit eher als heute als gesellschaftliche Erwartung an den guten «Staatsbürger» wahrgenommen worden sein.

Wenn das selbstbekundete politische Interesse sich im Zeitverlauf leicht abgeschwächt hat, so vielleicht deshalb, weil sich junge Erwachsene heute diesbezüglich freier und weniger normorientiert äussern. Die Tendenz zur erhöhten Interessenselektivität bei der Wahrnehmung des öffentlichen Geschehens und zu einem Antwortverhalten, das sich weniger als früher an der gesellschaftlichen Erwartung ausrichtet, muss vor dem Hintergrund der zunehmenden Individualisierung gesehen werden.

Auch Fragen nach der Zufriedenheit

mit der schweizerischen Demokratie ergeben über ein Vierteljahrhundert hinweg stabile und solide Akzeptanzwerte. Angesichts der hohen Systemzufriedenheit mag man sich fragen, warum denn die allgemeine Stimmeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen seit Jahren allgemein, aber insbesondere bei der 18- bis 20-jährigen Jungbürgerschaft überdurchschnittlich tief liegt. Müsste die Überzeugung vom System denn nicht beteiligungsfördernd wirken? Oder ist das Gegenteil der Fall: Gerade weil man mit dem System zufrieden ist, weil man von seinem «richtigen» Funktionieren überzeugt ist und weil man ihm in hohem Masse traut, entfallen eigentliche Anreize zur Beteiligung?

Hohe Zufriedenheit

Paradoxerweise scheint beides der Fall zu sein. Gute Noten erteilen Stimmabstinenten der Schweizer Demokratie ebenso wie Beteiligungsaktive, politisch auf Veränderungen Drängende ebenso wie Bewahrungsorientierte.

Offensichtlich gibt das System der direkten Demokratie trotz Mängeln und Unvollkommenheiten vergleichsweise ideale Voraussetzungen ab für die politische Integration der Bürgerschaft aller Altersklassen. Es wäre daher falsch, die allgemein tiefe Stimmeteiligung und vorab jene der Schweizer Jungbürgerschaft vorschnell als Unzufriedenheit oder als Entfremdung vom politischen System zu interpretieren. Man ist mit diesem zufrieden, ob man sich nun aktiv beteiligt oder Entscheidungen ohne eigene Beteiligung hinnimmt.

Einiges deutet darauf hin, dass das Wissen darum, dass man sich jederzeit beteiligen kann, wenn man das persönlich will und für wichtig hält, oder eben halt nicht, die Legitimation des Systems in stärkerem Masse bestimmt als die Partizipationsrate bei Wahlen und Abstimmungen. Hier bietet die halbdirekte Demokratie mit ihren ausgebauten Beteiligungsmöglichkeiten und Vetorechten für die Bürgerschaft andere Voraussetzungen als eine Wahldemokratie, in der die politische Willensbildung über die Parteien kanalisiert wird und wo die Mitsprache sich einzig im periodischen Gutheissen oder Ablehnen von parteibasierten Programmen und ihren Vertreterinnen und Vertretern erschöpft. Das müsste uns dann allerdings davor warnen, ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der hiesigen politischen Kultur 1:1-Vergleiche mit dem Ausland anzustellen. Zu Alarmismus in Sachen Jugend und Politik besteht kein Anlass, zur gezielten Verbesserung politischer Kompetenzen von Heranwachsenden indes allemal.